

Bayerns Genossen wehren sich gegen Abwicklungsfonds

Börsen-Zeitung, 24.5.2013
jur München – Mit deutlichen Worten setzt sich der Genossenschaftsverband Bayern (GVB) gegen die EU-Pläne zur Einlagensicherung sowie zur Restrukturierung und Abwicklung von Banken zur Wehr. „Das lehne ich in dieser Form strikt ab“, betonte GVB-Präsident Stephan Götzl am Donnerstag mit Blick auf die vom EU-Parlament skizzierten Entwürfe zur Etablierung eines Abwicklungsfonds. Das Parlament hatte am späten Montagabend seine Position für die Verhandlungen mit dem Ministerrat in Sachen Bankenrestrukturierung und -abwicklung festgelegt und dabei einen Einlagensicherungsfonds sowie einen Abwicklungsfonds vorgeschlagen, in dem die Banken jeweils 1,5% der gedeckten Einlagen vorhalten sollen. Letzteres sei die Vorstufe zu einer europaweiten Bankenabgabe, so Götzl. Es sei für ihn nicht nachvollziehbar, warum deutsche Kreditgenossen diese zusätzlichen Abgaben leisten sollten, betont er mit dem Hinweis auf das bestehende System der Institutsicherung.

Händler verklagen US-Derivatebörsen

Börsen-Zeitung, 24.5.2013
scd New York – Vier Aktienoptionshändler haben gemeinsam gegen mehrere US-Derivatebörsen geklagt, die über Jahre überhöhte Gebühren berechnet haben sollen. Geklagt wird gegen Chicago Board Options Exchange, die Eurex-Tochter ISE, die beiden Nyse-Euronext-Gesellschaften Nyse Arca und Nyse Amex sowie Philadelphia Stock Exchange, die von der Nasdaq OMX Group betrieben wird. Die Klage, die sich auf den Zeitraum Januar 2004 bis Juni 2011 bezieht, wird von den Brokern Citadel, Susquehanna, Ronin Capital und Group One Trading vorangetrieben. Den Klägern zufolge steht fest, dass die Börsen zu hohe Gebühren berechnet haben. Die Klage sei aber notwendig, weil die Börsen sich offenbar nicht in der Verantwortung für eine korrekte Abrechnung sähen, heißt es in der Klageschrift laut Nachrichtenagentur Bloomberg.

Unklare Haftung bei Bankenpleiten

Finanzbranche und EZB mahnen Politik, die Lastenverteilung klar festzulegen

Börsen-Zeitung, 24.5.2013
sto Frankfurt – Die Haftungsreihenfolge bei Bankenpleiten müsse endlich klar definiert werden. Diese Mahnung an die Politik schickten Vertreter der Bankenbranche und der Europäischen Zentralbank beim 7. Kapitalmarktforum in Frankfurt. Denn das Gezerre um die Rettung der Institute in Zypern und die Frage, inwieweit Sparer die Lasten mittragen müssen, haben weite Teile der Bevölkerung in Europa sehr verunsichert, hieß es bei der Veranstaltung der Börsen-Zeitung und des Forums Kapitalmarktinstrumente – Kapitalmarktfinanzierung.

„Die Hierarchie bei der Haftung muss dringend grundsätzlich festgelegt werden, es darf nicht Fall-zu-Fall-Entscheidungen wie in Zypern geben“, sagte Commerz-



Jörg Krämer

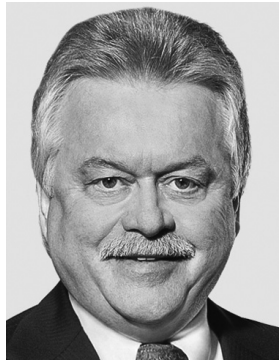
bank-Chefvolkswirt Jörg Krämer. „Dass es keine klaren Bail-in-Regeln gibt, verkompliziert den Weg zur Bankenunion“, sagte Ignazio Angeloni, Generaldirektor Financial Stability der EZB. Michael Kemmer, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands deutscher Banken (BdB), beklagte, dass die Auseinandersetzung um die Frage, ob auch Bankeneinlagen unter 100.000 Euro in die Haftung für Zypern mitaufgenommen werden

Die Helaba zeigt für das erste Quartal einen Rückgang des konzernweiten Vorsteuerergebnisses um gut ein Viertel. Absolut liegt sie damit deutlich vor der LBBW und knapp vor der BayernLB.

Börsen-Zeitung, 24.5.2013
ski Frankfurt – „Wir sind gut in das Geschäftsjahr 2013 gestartet“, zeigt sich Helaba-Vorstandsvorsitzender Hans-Dieter Brenner zufrieden mit den Quartalszahlen des als Sparkassenzentralbank für Hessen, Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg zuständigen Instituts. Das gelte für das Neugeschäft ebenso wie für die Ertragsentwicklung. Das operative Ergebnis sei trotz der marktbedingten „Normalisierung“ des Handelsergebnisses auf dem hohen Niveau des Vorjahres gehalten worden, und alle Ergebniskomponenten lägen voll im Rahmen der Planung. Vor Steuern steht bei der viertgrößten Landesbank nach Bilanzsumme per Ende März ein Konzernergebnis von 163 Mill. Euro zu Buche, entsprechend einem Minus von 25,9% im Vergleich zur Vorjahreszeit. Die LBBW als größtes Haus des Landesbanken-Oktetts hatte für Januar bis März einen Ergebnisrück-

Helaba hält ihr Pulver trocken

Quartalsgewinn sinkt – Im Handelsergebnis fehlen diesmal die Wertaufholungen – Zinsüberschuss legt kräftig zu



Hans-Dieter Brenner

gang um gut 40% auf 88 Mill. Euro ausgewiesen, wohingegen die BayernLB als Nummer 2 ihr Resultat auf 156 Mill. Euro fast verdreifachen konnte. Die Nord/LB legt ihre Zahlen am 30. Mai vor.

Helaba-Chef Brenner weist darauf hin, dass das Quartalsergebnis seines Instituts gut 30% des Ergebnisses des kompletten Vorjahres entspräche – 2012 war ein Rekordgewinn von 512 Mill. Euro eingefahren worden. Er warnt aber vor jeglichen Hochrechnungen für das Gesamtjahr. Im operativen Geschäft erwarte die Bank bei anhaltender Niedrigzinsphase eine Verstärkung der Er-

träge auf dem Niveau der Vorjahre. Für die volle Rechnungsperiode 2013 bleibe man „verhalten optimistisch“, so Brenner.

Nachdem der Vorstandsvorsitzende auf der Bilanzpressekonferenz am 11. April von einem „sehr erfreulichen“ Start ins neue Jahr gesprochen und erklärt hatte, das Quartalsergebnis habe das Spitzenniveau von 220 Mill. Euro aus dem Vorjahr nur knapp verfehlt, kann man wohl davon ausgehen, dass die Helaba bei der Erstellung des Quartalsabschlusses letztlich alles getan hat, um den Gewinnausweis möglichst niedrig zu gestalten. Lieber hält die Landesbank ihr Pulver trocken, etwa mit Blick auf künftige regulatorische Anforderungen.

In der Erfolgsrechnung weist das Handelsergebnis absolut betrachtet die größte Veränderung auf, es hat sich mit 114 Mill. Euro annähernd halbiert. Der Zwischenbericht erinnert daran, dass das Vorjahresquartal sehr stark durch Wertaufholungen bestimmt gewesen sei. Beim Zinsüberschuss als gewichtigster Ertragskomponente legten die Frankfurter kräftig zu. Nach Abzug der leicht verminderten Risikovorsorge errechnet sich hier ein Plus von nahezu einem Fünftel. Als Gründe wer-

den gestiegene Kundenbeiträge und der Zugang der von der vormaligen WestLB übernommenen Verbund-

Helaba Konzernzahlen nach IFRS

in Mill. Euro	1. Quartal	
	2013	2012
Zinsüberschuss	283	250
Kreditrisikovorsorge	54	58
Provisionsüberschuss	75	61
Handelsergebnis	114	208
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen/ Derivaten	7	-39
Ergebnis aus Finanzanlagen*	-16	-3
Sonstiges betriebliches Ergebnis	60	49
Verwaltungsaufwand	306	248
Konzernergebnis vor Steuern	163	220
	31.3.13	31.12.12
Bilanzsumme (Mrd. Euro)	188	199
Cost-Income-Ratio (%)	58,6	61,2
Eigenkapitalrendite vor Steuern (%)	9,6	8,4
Kernkapitalquote (%)	11,2	11,6
*) inkl. Equity-Bewertung Börsen-Zeitung		

bank Nordrhein-Westfalen genannt. Alles in allem lagen die operativen Erträge mit 469 (i.V. 468) Mill. Euro ziemlich genau auf der Vorjahreshöhe. Derweil stieg der Verwaltungsaufwand um 23%, was die Helaba neben höheren Investitionen in IT-Projekte und Aufwendungen für die Bankenabgabe ebenfalls mit der Übernahme der Verbundbank NRW bzw. von deren Mitarbeitern erklärt.

Bilanz verkürzt

Die Bilanz des Helaba-Konzerns verkürzte sich seit dem Jahresende um rund 5% auf gut 188 Mrd. Euro. Dabei springt auf der Aktivseite vor allem ein Rückgang der Forderungen an Kreditinstitute inklusive Barreserve um 7,6 Mrd. Euro oder fast 24% ins Auge, während die Forderungen an Kunden auf dem Vorjahresstand von 91 Mrd. Euro verharrten. Das mittel- und langfristige Neugeschäft habe mit 3,5 Mrd. Euro an die positive Entwicklung des vergangenen Jahres angeknüpft. Unter den Passiva wurden vor allem die verbrieften Verbindlichkeiten und die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um je rund ein Zehntel, entsprechend 6,1 Mrd. bzw. 3,8 Mrd. Euro, zurückgeführt.

HSH Nordbank kündigt Jahresverlust an

Schlechte Aussichten trotz Gewinn im Startquartal – Institut erwartet hohe Risikovorsorge – Hoher Aufwand für öffentliche Garantien

Börsen-Zeitung, 24.5.2013
bn Frankfurt – Die HSH Nordbank wird trotz eines Gewinns im Startquartal wohl auch 2013 rote Zahlen schreiben. Das hat die Landesbank am Donnerstag angekündigt. Das herausfordernde Umfeld in einzelnen Märkten werde die Geschäftsentwicklung der HSH Nordbank auch im weiteren Jahresverlauf beeinflussen, heißt es.

Insbesondere die Situation in der Schifffahrtsbranche sei „nach wie vor äußerst angespannt“, eine spürbare Markterholung im laufenden Jahr 2013 sei nicht zu erwarten. Vor diesem Hintergrund gehe die Bank für das Gesamtjahr weiterhin von ei-

nem hohen Vorsorgebedarf für risikobehaftete Altbestände und von einem Verlust auf Konzernebene aus. Vor wenigen Wochen hatte bereits die Commerzbank erklärt, eine Erholung im Schifffahrtssektor sollte erst in der zweiten Jahreshälfte 2014 einsetzen.

Infolge Aufwands für öffentliche Garantien von rund 300 Mill. Euro hatte die HSH Nordbank schon 2012 einen Konzernverlust von 124 Mill. Euro eingefahren. Sobald die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein die Zweitverlustgarantie wie geplant bis Jahresmitte auf das ursprüngliche Niveau von 10 Mrd. Euro aufstocken, müsse das Institut zusätzliche

Gebühren zahlen, teilt HSH Nordbank mit. Bereits im Startquartal sorgte die Zweitgarantie für einen Aufwand von 70 Mill. Euro.

Für 2014 strebe die Bank unverändert die Rückkehr in die Gewinnzone an. Unter anderem ein Rückgang der Risikovorsorge, sich erholende Märkte und eine Ausweitung des Neugeschäfts sollen dies ermöglichen.

Handelsüberschuss steigt

Im ersten Quartal hat die HSH Nordbank einen Konzernüberschuss von 73 Mill. Euro erzielt, und das „trotz einer anhaltend schwierigen

Lage in der internationalen Seeschifffahrt und eines unverändert herausfordernden gesamtwirtschaftlichen Umfelds“, wie es in einer Mitteilung heißt. Im Vorjahreszeitraum waren es noch 124 Mill. Euro.

Infolge eines deutlich verbesserten Handelsergebnisses, das auf rückläufige Belastungen aus der Bewertung von Zins- und Währungsderivaten sowie sich einengende Risikoaufschläge von Staatsanleihen zurückzuführen ist, zog der Gesamtertrag den Angaben zufolge binnen Jahresfrist von 137 Mill. auf 417 Mill. Euro an. Zugleich schlug die Risikovorsorge mit 133 Mill. Euro zu Buche – nach einer Belastung von 43

Mill. Euro im Vorjahreszeitraum. Der Hauptgrund für den höheren Vorsorgeaufwand war die weiterhin angespannte Lage in der internationalen Schifffahrt, wie die HSH Nordbank mitteilt.

Der Zinsüberschuss des Instituts sank im Lichte des allgemein niedrigen Zinsniveaus gegenüber dem Startquartal 2012 um 5 Mill. Euro auf 260 Mill. Euro. Derweil zog der Provisionsüberschuss um 8 Mill. auf 32 Mill. Euro an. Zur positiven Entwicklung hätten höhere Kreditprovisionen beigetragen, die bei Neugeschäftsabschlüssen der Kundenbereiche erzielt worden seien, teilt die Bank mit.

Deutsche Bank

ISIN DE0005140008

Dividendenbekanntmachung

Die ordentliche Hauptversammlung vom 23. Mai 2013 hat beschlossen, den Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2012 in Höhe von 792.128.075,14 EUR zur Ausschüttung einer Dividende von 0,75 EUR je Stückaktie auf die 1.019.316.234 dividendenberechtigten Stückaktien zu verwenden. Der Restbetrag von 27.640.899,64 EUR wurde auf neue Rechnung vorgetragen.

Die Dividende wird vom 24. Mai 2013 an unter Abzug von 25% Kapitalertragsteuer sowie 5,5% Solidaritätszuschlag auf die Kapitalertragsteuer (Gesamtabzug 26,375%) durch die in die Dividendenabwicklung einbezogenen Kreditinstitute ausgezahlt. Die Steuerbeträge können unter Vorlage der Steuerbescheinigung auf die im Rahmen der Einkommen- oder Körperschaftsteuererklärung festgesetzte Steuer angerechnet werden.

Zahlstelle ist die Deutsche Bank Aktiengesellschaft.

Den unbeschränkt steuerpflichtigen Aktionären, die ihrer Depotbank eine Nichtveranlagungs-Bescheinigung ihres Wohnsitzfinanzamts vorgelegt haben, wird die Dividende ohne Abzug von Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag gutgeschrieben. Das Gleiche gilt für Aktionäre, die ihrer Depotbank einen Freistellungsauftrag eingereicht haben, soweit das in diesem Auftrag angegebene Freistellungsvolumen nicht durch andere Erträge aus Kapitalvermögen bereits aufgebraucht ist.

Beschränkt steuerpflichtigen Aktionären wird der Steuerabzug nach Maßgabe des zwischen dem Wohnsitzstaat des Aktionärs und Deutschland abgeschlossenen Doppelbesteuerungsabkommens vom Bundeszentralamt für Steuern auf Antrag und unter Vorlage der Steuerbescheinigung erstattet; eine Dividendenabrechnung ist nicht mehr ausreichend.

Frankfurt am Main, den 24. Mai 2013

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Der Vorstand



solle, viel Vertrauen der Deutschen in die Sicherheit der Spargelder verspielt habe: „Es gibt ein weit reichendes Misstrauen, dass den Politikern alles zuzutrauen sei“, sagte Kemmer. Inwieweit und in welcher Reihenfolge Aktionäre, Anleihehaber und Sparer die Lasten einer Bankenrettung tragen sollen, ist in der öffentlichen Diskussion umstritten.

Keine Hilfe bei Schuldenkrise

Würde es die Mechanismen der nun vereinbarten Bankenunion schon seit vielen Jahren geben, hätte es in Europa nicht so schwerwiegende Banken Krisen wie Zypern oder Irland mit solchen Ausmaßen gegeben, zeigte sich Angeloni überzeugt. Kemmer warnte davor, dass die Bankenunion aber nicht die Lösung der anderen Krisenherde in Europa – Schulden- und Währungskrisen – sein könne, dafür brauche es mehr politische Integration. Die Bankenunion könne sogar den Druck von der Politik nehmen, die eigenen Schuldenberge abzubauen, gab Krämer zu bedenken.

Die größte Herausforderung sei es, die gemeinsame Bankenaufsicht als eines der zentralen Elemente der Bankenunion in den kommenden Monaten bei der EZB aufzubauen, zeigten sich alle drei Diskussionsteil-

nehmer überzeugt. „Wir müssen die verschiedenen nationalen Aufsichtsbehörden in ein gemeinsames System überführen, ein einheitliches, von allen akzeptiertes Überwachungsmodell oder auch einheitliche Daten- und Reportingstandards schaffen“, zählte Angeloni nur ein paar zu bewältigende Herausforderungen in diesem Zusammenhang auf. Wie viel Personal bei der EZB hierfür nötig sei, ließ er offen. „Einige hundert“, hieß es dazu nur vage. Im Sommer 2014 soll die EZB-Aufsicht die Überwachungsarbeit aufnehmen.

Doppelarbeit vermeiden

Für die großen Banken soll es Arbeitsgruppen von EZB-Vertretern und Repräsentanten von mehreren nationalen Aufsehern geben, die vom Sitz und den wichtigsten Standorten des jeweiligen Instituts abhängen, berichtete Angeloni. „Ganz wichtig ist für uns Banken dabei, dass wir nicht an die EZB andere Daten melden müssen als an die nationalen Behörden, damit es nicht zu Doppelbelastungen kommt“, sagte Kemmer. Heutzutage müsse etwa die Unicredit-Tochter HVB an die italienischen oder deutschen Behörden jeweils andere Daten schicken. Das sei ineffizient, kritisierte er.